

Mobilisierung und Verteilung : makrosoziologische Analysen im schweizerischen Kontext

Autor(en): **Zwicky, Heinrich**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de
sociologie = Swiss journal of sociology**

Band (Jahr): **12 (1986)**

Heft 3

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-815028>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

MOBILISIERUNG UND VERTEILUNG

Makrosoziologische Analysen im schweizerischen Kontext

Heinrich Zwicky

Soziologisches Institut der Universität Zürich,
Apollostrasse 2, CH - 8032 Zürich

1. Einleitung ¹

Die aktuelle politische und soziale Situation ist durch eine *weitverbreitete Demobilisierung* gekennzeichnet, welche in der soziologischen Literatur unter anderem unter dem Aspekt der Individualisierung (Beck, 1983) und als Rückzug ins Private (Hirschman, 1984) thematisiert worden ist (vgl. auch Gruner, 1986). In diesen Diskussionen ist m.E. die empirische Analyse von makrosozialen Konsequenzen der Individualisierung weitgehend vernachlässigt worden. Die vorliegende Arbeit versteht sich in diesem Sinne als ein Beitrag zu einer umfassenderen soziologischen Analyse eines grundlegenden Gegenwartsproblems. In den folgenden Analysen sollen vor allem die *Folgen gesellschaftlicher und politischer Mobilisierung bzw. Demobilisierung für die grundlegende Verteilungsstruktur der Gesellschaft*, d.h. für die Verteilung des Einkommens, untersucht werden. Damit versteht sich die Arbeit auch als ein Beitrag zur Weiterentwicklung der "Machttheorie" sozialer Ungleichheit (vgl. Lenski, 1977).

Die vorliegende Arbeit untersucht den Zusammenhang zwischen dem Mobilisierungsgrad und der Verteilung materieller Güter am Beispiel der *Schweizer Kantone um 1980* und im Rahmen einer *Längsschnittanalyse der Gesamtschweiz über die Periode 1950-1980*. Die Grundfrage der folgenden Analysen lautet somit :

¹ Die Verteilungsdaten zu dieser Arbeit basieren einerseits auf einem Forschungsprojekt des Schweizerischen Nationalfonds über "Einkommensverteilung in komparativer Sicht" (NF-Kreditnummer 1.452-0.81), das von Volker Borschier geleitet wurde. Die eigentliche Berechnung der Daten erfolgte im Rahmen eines Habilitationsstipendiums des Verfassers, welches von der Stiefel-Zangger-Stiftung und der Kommission zur Förderung des akademischen Nachwuchses an der Universität Zürich finanziert worden ist. Eine erste Version der Arbeit wurde gemäss Anregungen von Hanspeter Kriesi, eines anonymen Begutachters und des Redaktionskomitees der Schweizerischen Zeitschrift für Soziologie grundlegend überarbeitet.

Ist in Kontexten und in Zeiten erhöhter Mobilisierung eine geringere Verteilungsungleichheit festzustellen ?

Das *politische System der Schweiz* mit seinen Grundmerkmalen der direkten Demokratie und korporatistischer Interessenvermittlung erscheint für die Untersuchung von Verteilungseffekten von Mobilisierungs- bzw. Demobilisierungsprozessen besonders geeignet zu sein, weil hier vielfältige Möglichkeiten bestehen, Umverteilungsanliegen zu artikulieren.

2. Theorie

Unter Mobilisierung wird in dieser Arbeit der Prozess ² verstanden, durch den die Anliegen einer politischen oder gesellschaftlichen *Basis* zur Artikulation gelangen (für eine umfassendere Diskussion des Mobilisierungskonzeptes vgl. Tilly (1978, 69-84), Hettlage (1979) oder Kriesi et al. (1980, 314-18). Dieser Begriff der Mobilisierung in einem weiteren Sinne schliesst zwei Teilprozesse mit ein, die Gamson (1975, 15) als Aktivierung (activation of commitment) und Mobilisierung in einem engeren Sinn (creation of commitment) bezeichnet :

"The concept of mobilization embraces two closely related ideas, the activation of commitment and the creation of commitment."

Eine Mobilisierung (der gesellschaftlichen Basis) führt im hier vertretenen Verständnis zu einer Veränderung der Machtverhältnisse, welche ihrerseits die *Güterverteilung*, die soziale Ungleichheit in der Gesellschaft beeinflussen. Mobilisierung geht also einher mit einer Egalisierung von Macht und Ressourcen auf der Makroebene. In der *Mobilisierungsliteratur* ist ein solches Konzept somit wohl am ehesten der Forschungsrichtung zuzuordnen, die durch Etzioni (1968) repräsentiert wird. Dieser schreibt (S. 388) :

"We refer to the process by which a unit gains significantly in the control of assets it previously did not control as mobilization."

Theorien über die *Determinanten der Güterverteilung in einer Gesellschaft* weisen - vor allem insoweit sie in einer konflikttheoretischen Tradition stehen - auf die *Machtverteilung* als zentrale

² Hettlage (1979, 225) weist darauf hin, dass Mobilisierung als Prozess und als Ziel (bzw. Zustand) aufgefasst werden kann. In dieser Arbeit sei der Begriff der Mobilisierung für "den Prozess" reserviert, einen "Zustand" werde ich entweder als "Mobilisierungsgrad" oder als "Mobilisierungsniveau" bezeichnen.

Bestimmungsgrösse hin (vgl. vor allem Lenski, 1977). Diese Grundvorstellung wurde von Bornschie (1978) aus strukturtheoretischer Perspektive ³ ausformuliert. Dabei ergaben sich drei Grunddimensionen der Machtverteilung, welche die Güterverteilung bestimmen, nämlich Organisationsmacht, Marktmacht und Steuerungsmacht.

Der Vorschlag, *Mobilisierungsprozesse* als Determinanten der gesellschaftlichen Güterverteilung zu untersuchen, grenzt sich von der strukturtheoretischen Perspektive dadurch ab, dass mit dem Konzept der Mobilisierung ein *voluntaristisches Element* in der Erklärung sozialer Ungleichheit hineingebracht wird, welches es erlaubt, Verteilungsstrukturen als Folge von politischen Prozessen und kulturellen Zeittrends zu fassen.

Die vorgeschlagene Verknüpfung von "Mobilisierung" und "sozialer Ungleichheit" entspricht somit auch einer Forderung von Haller (1983, 27), handlungstheoretische Konzepte in die Untersuchung der Bestimmungsgründe sozialer Ungleichheit einzubeziehen.⁴

Das *theoretische Grundmodell* kann also in einem ersten Schritt folgendermassen dargestellt werden :

Mobilisierung -----> Machtverteilung -----> Güterverteilung

Die folgenden empirischen Analysen gehen also von der Vorstellung aus, dass das Ausmass der politischen und sozialen Mobilisierung eine wesentliche Determinante der sozialen Ungleichheit in einer Gesellschaft ist. Diese allgemeine Grundthese dürfte im *schweizerischen Kontext* eine spezielle Bedeutung haben. Zum einen stehen dem Bürger im politischen System der Schweiz direktdemokratische Einflusskanäle offen, welche potentiell auch die Möglichkeit zu wesentlichen Umverteilungen enthalten. Umgekehrt kann in der Schweiz eine ausgeprägte Tabuisierung von Verteilungsfragen festgestellt werden,⁵ welche die Wahrschein-

³ Die Bezeichnung "strukturtheoretische Perspektive" impliziert, dass hier primär strukturell verankerte und institutionalisierte Machtverhältnisse erfasst werden, wogegen diskontinuierliche, ereignishafte Aspekte der gesellschaftlichen Machtverhältnisse nicht berücksichtigt werden. Beispielhaft zeigt sich die daraus folgende Verkürzung im politischen Bereich, wo die Diskussion von "Steuerungsmacht" im wesentlichen auf "die Einflussmöglichkeiten des Staates" beschränkt wird (vgl. Bornschie, 1978, 19).

⁴ Haller (1983, 27) schreibt : (Es)...sollen jene Aspekte des menschlichen Handelns herausgearbeitet werden, die gewissermassen als "transzendentalsoziologische Voraussetzungen" (Simmel, 1923, 22) für die Entstehung von sozialer Ungleichheit anzusehen sind."

⁵ Peter Bichsel hat diesen Sachverhalt in "Des Schweizers Schweiz" folgendermassen zum Ausdruck gebracht : "Wir sind ein wohlhabendes Land, Armut ist hier eine

lichkeit einer solchen Umverteilung verringert. Auf diesem gesellschaftlichen und kulturellen Hintergrund kann nur eine Mobilisierung der gesellschaftlichen Basis rationale Auseinandersetzungen über Verteilungsfragen und damit möglicherweise auch gesellschaftliche Umverteilungen herbeiführen.

Auf dem Hintergrund der oben skizzierten theoretischen Grundvorstellung stellt sich die Frage, in welcher Weise die postulierten Beziehungen in der heutigen schweizerischen Gesellschaft zum Tragen kommen.

Theoretisch sind verschiedene *Wirkungsketten* denkbar, durch die ein hoher Mobilisierungsgrad zu einer Egalisierung der Ressourcenverteilung führen könnte. Zunächst kann angenommen werden, dass eine Mobilisierung - vor allem in traditionellen politischen Kanälen - die *Umverteilung durch den Staat*, u.a. über das Steuersystem, beeinflusst. Das heisst, dass eine verstärkte Mobilisierung mit einer stärkeren Besteuerung hoher Einkommen einhergeht, welche ihrerseits zu einer Egalisierung der Verteilung des verfügbaren Einkommens führt.⁶

Ein anderer Aspekt der staatlichen Umverteilung, die sogenannten *Transferzahlungen*, beeinflussen schon die Verteilung des reinen Einkommens (vor Steuerabzug). Sodann ist denkbar, dass der oben erwähnte Zusammenhang zwischen Mobilisierung und Steuerbelastung für höhere Einkommen im Kantonsvergleich zu einer *Abwanderung höherer Einkommen bzw. Vermögen* führt; dadurch würde die staatliche Umverteilung ebenfalls nicht nur eine gleichmässigerere Verteilung des verfügbaren Einkommens bewirken, sondern auch die Einkommen vor Steuerabzug (Reineinkommen) wären in den entsprechenden Kantonen gleichmässiger verteilt.

Im Rahmen einer weiteren Wirkungskette kann ein erhöhter Mobilisierungsgrad zu einer *allgemeinen Egalisierung der Machtverhältnisse* in den verschiedensten Lebensbereichen führen und dadurch ebenfalls zu einer Umverteilung der materiellen Güter beitragen. Hier wären vor allem das allgemeine politisch-kulturelle Klima sowie die institutionelle Unterstützung von Egalisierungsbestrebungen (bspw. durch gewerkschaftliche Organisationen) zentrale Vermittlungsfaktoren. Es kann angenommen werden, dass

Schande; man gibt sie zum mindesten nicht zu und macht es damit den Reichen leicht. Aber auch Reichtum wird bei uns in der Regel diskret verdeckt. Geld ist hier etwas Intimes, von seinem Geld spricht man nicht."

⁶ Unter dem reinen Einkommen versteht man die Summe aller Einkünfte (auch Transferzahlungen) ohne Abzug von Steuerzahlungen, während beim "verfügbaren Einkommen" Steuerzahlungen vom Reineinkommen abgezogen sind.

diese dritte Wirkungskette beispielsweise bei Lohnverhandlungen für Gesamtarbeitsverträge (GAV) von Bedeutung ist.

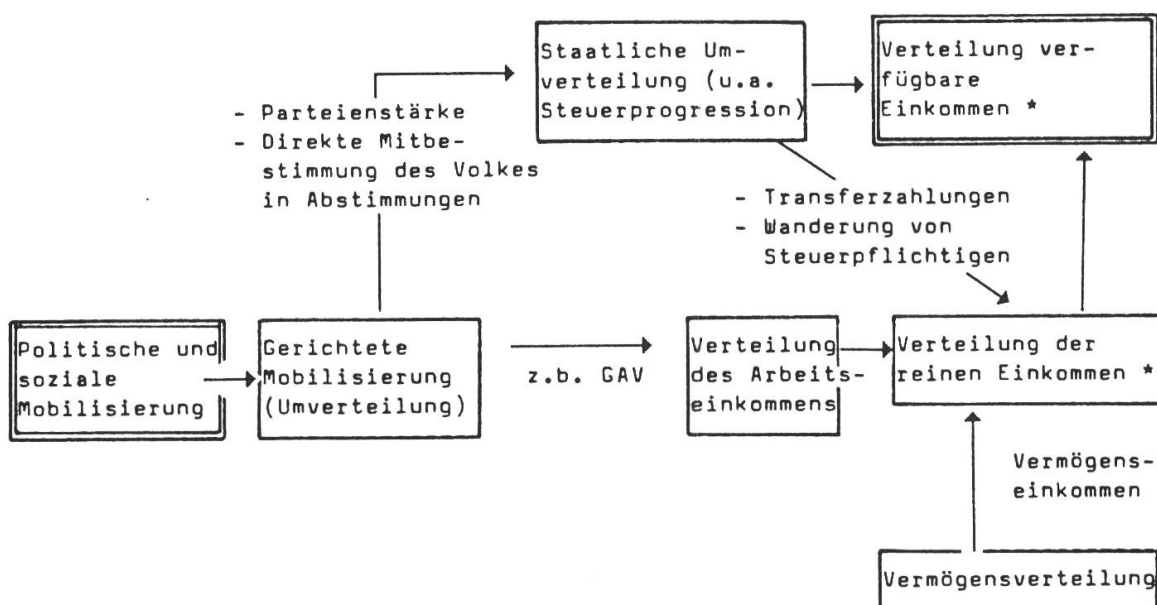
Es kann davon ausgegangen werden, dass vor allem die Verteilung der *verfügbaren Einkommen* (nach Steuerabzug) von kürzerfristigen Schwankungen des Mobilisierungsniveaus beeinflusst wird, weil sich hier eben Veränderungen im Steuersystem direkt auswirken. Die Verteilung der *reinen Einkommen* dagegen ist nicht unmittelbar vom staatlichen Steuersystem beeinflusst.

Die *Vermögensverteilung* schliesslich ist einerseits durch eine - im Vergleich zu den Einkommen - generell tiefere Besteuerungsquote weniger sensibel auf veränderte Steuersysteme. Sie ist zudem als Kumulation früherer Einkommensersparnisse weniger durch kurzfristige Schwankungen beeinflusst.

Aus diesen Gründen gehe ich davon aus, dass die Vermögensverteilung zwar die Einkommensverteilung beeinflusst, ihrerseits aber - im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung - nicht kurzfristig von Mobilisierungsprozessen abhängig ist. Damit wird unter anderem unterstellt, dass die Institution des Privateigentums in unserer Gesellschaft nicht ernsthaft in Frage gestellt wird. Für andere Kontexte bzw. andere Zeiten müsste diese Annahme hinterfragt werden.

Die folgende *Figur 1*, welche anschliessend im Rahmen von Quer- und Längsschnittanalysen empirisch getestet werden soll, fasst diese theoretischen Ueberlegungen zusammen.

Figur 1 : Das theoretische Grundmodell



* Zur Unterscheidung der beiden Einkommensdefinitionen vgl. Anmerkung 5.

3. Mobilisierungstypen

Ich gehe im folgenden davon aus, dass der Verteilungseffekt von Mobilisierungsprozessen wesentlich vom "Mobilisierungskanal" (Wirtschaft, konventionelle Politik oder unkonventionelle Politik) und der "Richtung" der Mobilisierung, d.h. dem Verteilungsbezug im Sinne einer Forderung nach materieller Egalisierung, abhängt. Diese beiden Kriterien werden in *Tabelle 1* dazu verwendet, verschiedene Typen von Mobilisierung zu unterscheiden.

Die einzelnen Typen sind durch Operationalisierungsbeispiele charakterisiert, die im Rahmen der folgenden empirischen Analysen benutzt werden.

Tabelle 1 : MOBILISIERUNGSTYPEN

MOBILISIERUNGSKANAL	MOBILISIERUNGSRICHTUNG	
	Gerichtet (Verteilungsbezogen)	Ungerichtet (Nicht - verteilungs - bezogen)
Politisch/ Konventionell	Abstimmungen über Anliegen zu materieller Egalisierung: 1./2. ZUSTIMMUNG	3./4. STIMMBETEILIGUNG
Politisch/ Unkonventionell	Häufigkeit von Aktivierungsereignissen: 5. AKTIVIERUNGSEREIGNISSE ZU KLASSENFRAGEN	6. AKTIVIERUNGSEREIGNISSE INSGESAMT
Oekonomisch	7. GEWERKSCHAFTLICHER ORGANISATIONSGRAD	_____

Im Rahmen des *Kantonsvergleichs* können von den insgesamt sechs Mobilisierungstypen in Tabelle 1 fünf operationalisiert werden, im Rahmen der Längsschnittanalyse deren drei. Es erscheint deshalb angebracht, die einzelnen Mobilisierungstypen und ihre gegenseitige Beziehung zunächst anhand der Kantonsdaten zu diskutieren.

In Bezug auf die Abstimmungsmobilisierung als *konventionellem politischem Artikulationskanal* wird unter gerichteter Mobilisierung die Zustimmung verstanden, die der Souverän gegenüber Vorlagen zeigt, welche materielle Egalisierungen oder auch verstärkte Partizipationsmöglichkeiten anstreben. Demgegenüber bringt die Stimmbeteiligung ein ungerichtetes Interesse an Vertei-

lungsfragen zum Ausdruck. Konkret werden diese beiden Indikatoren für je zwei Abstimmungsvorlagen erhoben: Die Abstimmungen über die Reichtumssteuerinitiative vom 4.12.1977 und über die Mitbestimmungsinitiative vom 21.3.1976. Für eine thematische Verortung dieser beiden Abstimmungsvorlagen innerhalb der Gesamtheit aller Bundesabstimmungen sei auf Nef (1980) verwiesen. Die beiden Abstimmungen wurden aufgrund ihrer zeitlichen Lokalisierung (vor der Messung der Einkommensverteilung) und aufgrund ihrer thematischen Ausrichtung ausgewählt. Die Frage der Reichtumssteuer bringt direkter als andere Abstimmungsvorlagen die Einstellung zu einer allgemeinen Egalisierung der materiellen Güter in der Gesellschaft mit Hilfe des Steuersystems zum Ausdruck. Die Mitbestimmungsfrage betrifft die Frage der Machtverteilung in der Privatwirtschaft. Es kann angenommen werden, dass diese Machtverteilung einen relativ direkten Einfluss auf die Lohnrelationen und damit auch die Verteilung der Reineinkommen hat.

Als *unkonventionellen politische Kanäle* werden sogenannte Aktivierungsereignisse berücksichtigt (vgl. Kriese et al., 1980). Dabei werden im Unterschied zu Levy & Zwicky (1984, 290) sämtliche Aktivierungsereignisse als unkonventionell eingestuft, neben Ereignissen wie Demonstrationen also auch die Benutzung institutionell vorgesehener Einflusskanäle wie Initiativen oder Referenden. Als (auf eine Umverteilung) gerichtet bezeichne ich Aktivierungsereignisse, die sich auf Klassenfragen beziehen (zur Abgrenzung dieser "Klassenprobleme traditioneller Art" vgl. Kriese et al., 1980, 83).

Gewerkschaftliche Organisation schliesslich wird als ein Mobilisierungstyp betrachtet, der durch den institutionellen Kontext a priori auf Verteilungsfragen "gerichtet" ist (zur Operationalisierung des Indikators vgl. Rusterholz, 1985).

Somit ergeben sich für die *Kantonsanalyse* folgende sieben Mobilisierungsdimensionen:

- a) Zustimmung zur Reichtumssteuerinitiative 1977: % Ja-Stimmen
- b) Zustimmung zur Mitbestimmungsinitiative 1976: % Ja-Stimmen
- c) Stimmbeteiligung bei der Reichtumssteuerinitiative 1977
- d) Stimmbeteiligung bei der Mitbestimmungsinitiative 1976
- e) Häufigkeit von Aktivierungsereignissen mit Klassencharakter 1965-78 (bezogen auf die Bevölkerungszahl des Kantons)

- f) Häufigkeit von Aktivierungsereignissen 1965-78 insgesamt (bezogen auf die Bevölkerungszahl des Kantons)
- g) Gewerkschaftlicher Organisationsgrad 1970: In Gewerkschaften Organisierte in % im Sekundärsektor Beschäftigten.⁷

In *Tabelle 2* sind einerseits die empirischen Zusammenhänge zwischen diesen sieben Mobilisierungsindikatoren im Kantonsvergleich, andererseits auch deren Beziehungen zu einigen strukturellen und kulturellen Grundmerkmalen der Schweizer Kantone um 1980 dargestellt.⁸

Die *Kantone Bern und Jura* werden dabei nicht berücksichtigt. Einerseits beziehen sich die verfügbaren Daten zum Teil noch auf den "alten" Kanton Bern (Bern + Jura), zum anderen stellt die Jura-Frage einen Spezialfall politischer Mobilisierung dar, der die folgenden Analysen verzerren könnte.

In die Analysen einbezogen wird dagegen der Kanton Schaffhausen, der in Bezug auf die Abstimmungsbeteiligung insofern einen Spezialfall darstellt, als der Stimmzwang zur deutlich höchsten Stimmbeteiligung im Vergleich der Schweizer Kantone führt. Diesem Spezialfall wird in *Tabelle 2* dadurch Rechnung getragen, dass in Klammern auch Korrelationskoeffizienten angegeben sind, zu deren Berechnung der Kanton Schaffhausen ausgeschlossen wurde.

Die in *Tabelle 2* dargestellten Korrelationen zeigen zunächst, dass die beiden ausgewählten *Abstimmungsvorlagen* "Reichtumssteuerinitiative" und "Mitbestimmungsinitiative" sowohl in Bezug auf die Abstimmungsbeteiligung als auch in Bezug auf die Zustimmung zu den Vorlagen sehr stark korreliert sind, sodass im

⁷ Da die Mitgliederzahlen in den typischen Berufsorganisationen des Primär- und des Tertiärsektors (Bauernverbände und KV) nicht erfasst werden konnten, erschien es sinnvoll, die Zahl der in den traditionellen Gewerkschaften Organisierten in Beziehung zur Beschäftigtenzahl des Sekundärsektors zu setzen.

⁸ Zu diesen Grundmerkmalen der Schweizer Kantone sind folgende Präzisierungen anzubringen:

- Das Einkommen pro Kopf bezieht sich auf 1978 und stammt aus Fischer (1981)
- Der Urbanisierungsindikator misst den Bevölkerungsanteil in Gemeinden mit über 50'000 Einwohnern
- Das Bildungsniveau wird durch den Bevölkerungsanteil mit Hochschulbildung im Jahre 1980 operationalisiert
- "Tertiarisierung" und "Sekundarisierung" messen den Anteil der Beschäftigten im Tertiärsektor bzw. im Sekundärsektor, 1975
- Das Wirtschaftswachstum schliesslich wird durch die Zunahme des Einkommens pro Kopf 1965-1978 bezogen auf das Ausgangsniveau von 1965 operationalisiert.

folgenden kaum mehr zwischen den beiden Vorlagen differenziert werden muss.

Tabelle 2 : Interrelationen der Mobilisierungsdimensionen im Kantonsvergleich (Pearson Korrelationskoeffizienten, N=24, ohne Bern und Jura, in Klammern ohne Kanton Schaffhausen: Stimmzwang)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
(1) Mitbestimmungsinitiative: Stimmbeteiligung	-						
(2) Reichtumssteuerinitiative: Stimmbeteiligung	.99**	-					
(3) Mitbestimmungsinitiative: % Ja - Stimmen	.03 (.02)	.07 (.16)	-				
(4) Reichtumssteuerinitiative: % Ja - Stimmen	.14 (.14)	.16 (.16)	.88**	-			
(5) Aktivierungsereignisse zu Klassenfragen	.06 (-.30*)	.12 (-.30*)	.19	.17	-		
(6) Aktivierungsereignisse insgesamt	-.12 (-.29*)	-.06 (-.27)	.34*	.22	.85**	-	
(7) Gewerkschaftlicher Organisationsgrad	-.25 (-.55**)	-.11 (-.43**)	.51**	.43**	.37**	.56**	-
(8) Einkommen pro Kopf	.00	-.15	.23	.24*	.39**	.54**	.23
(9) Urbanisierung	-.29*	-.24	.35**	.40**	.39**	.62**	.45**
(10) Bildungsniveau	-.41**	-.21	.57**	.49**	.32*	.50**	.41**
(11) Tertiarisierung	-.56**	-.39**	.34*	.25	.07	.38**	.59**
(12) Sekundarisierung	.00	-.10	.16	.13	-.29*	.00	.33*
(13) Wirtschaftswachstum	-.12	-.09	-.41**	-.54**	-.25	-.07	.01
(14) Sprachkultur: % Deutschsprachige	.54**	.44**	-.57**	-.63**	-.06	-.14	-.51**

Um die Interpretation der Beziehungen zu erleichtern werden Signifikanzniveaus angegeben, obwohl es sich strenggenommen nicht um eine Stichprobe handelt.

* p (0.1
** p (0.05

Sodann zeigt sich bei den Abstimmungsergebnissen, dass die gerichtete (Zustimmung) und die ungerichtete Mobilisierung (Beteiligung) bei beiden Vorlagen praktisch unabhängig voneinander sind (r von .03 bzw. .16).

Im Bereich der *Aktivierungsereignisse* ergibt sich dagegen eine sehr starke Übereinstimmung des Ausmasses an gerichteter und an ungerichteter Mobilisierung: Der Zusammenhang zwischen der Häufigkeit von Aktivierungsereignissen mit Klassencharakter und von Aktivierungsereignissen insgesamt ist sehr stark ($r = .85$). Zwischen dem Mobilisierungsgrad in konventionellen (Abstimmungen) und in unkonventionellen politischen Kanälen (Aktivie-

rungsereignisse) zeigt sich kein interpretierbarer Zusammenhang, offensichtlich spielen hier Substitutionsbeziehungen eine gewisse Rolle (vgl. auch Levy & Zwicky, 1984, 298).

Der *gewerkschaftliche Organisationsgrad* als gerichtete Mobilisierung im ökonomischen Bereich ist positiv mit der gerichteten Mobilisierung im politischen Bereich (Zustimmung zu Egalisierungsvorlagen) und auch mit der politischen Mobilisierung im unkonventionellen Bereich korreliert.

Die politische und gewerkschaftliche Mobilisierung in den Schweizer Kantonen wird einerseits durch *Strukturgrößen* wie Urbanisierungsgrad, Bildungsniveau und Tertiarisierung der Berufsstruktur geprägt. Und zwar zeigt sich, dass der gewerkschaftliche Mobilisierungsgrad, unkonventionelle Aktivierungen und gerichtete Mobilisierungen im konventionellen Bereich in solchen "modernen" Kontexten höher ist. Dagegen ist die ungerichtete politische Mobilisierung in konventionellen Kanälen (Abstimmungsbeteiligung) hier geringer.

Ein zweiter wesentlicher Einfluss auf die Art und Weise der Mobilisierung geht von der *Sprachkultur* aus: Deutschschweizer Kantone zeigen eine stärkere ungerichtete Mobilisierung (Abstimmungsbeteiligung), während die gerichtete Mobilisierung in konventionellen politischen Kanälen und der gewerkschaftliche Mobilisierungsgrad deutlich tiefer sind.

Im *Längsschnittvergleich* können die ungerichtete (Aktivierungsereignisse; Levy & Zwicky, 1984, 291) und die gerichtete Mobilisierung in unkonventionellen Kanälen (Aktivierungsereignisse mit Umverteilungsanliegen; Kriesi et al., 1980, 97) sowie der gewerkschaftliche Organisationsgrad empirisch erfasst werden (vgl. Siegenthaler, 1968, 16ff; Roig et al., 1986, sowie Statistisches Jahrbuch der Schweiz). Für die Entwicklung der Abstimmungs- und Wahlbeteiligung, d.h. der ungerichteten Mobilisierung in konventionellen Kanälen, liegen ebenfalls Angaben vor (vgl. Levy & Zwicky, 1984, 284f). Bei den Abstimmungsbeteiligungen stellt sich aber das Problem, dass die themenspezifischen Mobilisierungen unterschiedlich sind, und bei den Nationalratswahlen kann nur für jedes vierte Jahr eine unabhängige Beobachtung gemacht werden.

Aus diesem Grund beschränken wir uns hier auf eine *qualitative Diskussion* der Beziehung der *Mobilisierung in konventionellen Kanälen (Wahl- und Abstimmungsbeteiligung)* zu den anderen Mobilisierungsdimensionen. Dabei stellt man fest, dass ebenso wie im Kantonsvergleich die (ungerichtete) Mobilisierung in konventionellen Kanälen weder zur gerichteten noch zur ungerichteten Mobilisierung in unkonventionellen Kanälen eine positive Beziehung

aufweist. Dagegen zeigt sich eine gewisse Parallelität der Entwicklung von Abstimmungsbeteiligung und gewerkschaftlichem Organisationsgrad: Beide Indikatoren zeigen bis nach 1970 einen deutlichen Rückgang und steigen anschliessend wieder an.

Ebenfalls analog zum Kantonsvergleich ergibt sich, dass die gerichtete und die ungerichtete *Mobilisierung im unkonventionellen Bereich* sehr stark korreliert sind.

Im *Unterschied zum Kantonsvergleich* zeigt die Längsschnittanalyse *keinen* positiven Zusammenhang zwischen gewerkschaftlicher Beteiligung und der politischen Mobilisierung in unkonventionellen Kanälen.

4. Methodologische Vorbemerkungen

Die Ueberprüfung des Zusammenhangs zwischen Mobilisierung und Verteilung im Vergleich der Schweizer Kantone und im Längsschnittvergleich für die Gesamtschweiz bildet zwei mögliche Tests der postulierten Beziehungen. Dabei ist es durchaus denkbar, dass der Zusammenhang Mobilisierung/Verteilung in einer Längsschnittanalyse der Schweiz anders aussieht als im Kantonsvergleich (vgl. dazu beispielsweise die methodologischen Ueberlegungen von Firebough (1980)). Damit möchte ich mich zum vorneherein von der sogenannten *Homologie-Annahme* absetzen, die von allgemeinen Beziehungsmustern ausgeht, die notwendigerweise auf verschiedenen System- und Aggregationsebenen sowie bei verschiedenen Untersuchungsanordnungen zum Ausdruck kommen.⁹

Beide Untersuchungsanordnungen sind sodann mit spezifischen *methodischen Problemen* behaftet.

Vor allem in *Kantonsvergleich* ist die Zahl der Einheiten für statistische Beziehungsanalysen relativ gering. Sodann zeigen verschiedene Variablen (z.B. Urbanisierung, Entwicklungs- oder Bildungsniveau) eine so *hohe Kovariation*, dass ihre Effekte empirisch nicht getrennt werden können.¹⁰ Die komparative Analyse der Kantone soll ausschliesslich dazu dienen, die *Kovariationen* zu

⁹ Die Homologie-Annahme liegt nach Hannan (1970, 3) Theorien so unterschiedlicher Provenienz wie dem Parson'schen Funktionalismus und den meisten marxistischen Ansätzen zugrunde.

¹⁰ Im Rahmen dieser Arbeit kann eine Anregung von Ness (1975) nicht befolgt werden, der im Falle geringer Fallzahlen eine Ergänzung statistischer durch komparative Analysemethoden vorschlägt. In unserem Fall könnte dieser Anregung beispielsweise durch eine Residualanalyse mit anschliessender Diskussion von einzelnen Kantonen nachgekommen werden.

testen, die sich aufgrund der postulierten Kausalbeziehungen ergeben würden. Ein eigentlicher Kausaltest ist im Rahmen dieser Untersuchungsanordnung nicht möglich.

Für die *Längsschnittanalysen* stellt sich vor allem das Problem, dass die einzelnen Beobachtungen nicht unabhängig voneinander und zum Teil durch längerfristige Trends gekennzeichnet sind. Das zweitgenannte Problem wird dadurch berücksichtigt werden, dass (in Tabelle 4) auch die Zusammenhänge zwischen trendkorrigierten Werten berechnet werden. Andererseits ermöglicht es die Längsschnittanalyse (im Gegensatz zum Kantonsvergleich), Hinweise auf die Kausalrichtung einer allfälligen Beziehung zwischen Mobilisierung und Verteilung zu erhalten.

Die methodischen Probleme der folgenden Analysen werden m.E. dadurch aufgewogen, dass Beziehungen zwischen zwei Arten von Variablen untersucht werden können, die relativ direkte Operationalisierungen soziologischer Konzepte darstellen, nämlich des Mobilisierungsniveaus und des Ausmasses an sozialer Ungleichheit in einer Gesellschaft.¹¹

5. Mobilisierung und Verteilung in den Schweizer Kantonen 1980

Aufgrund der in Abschnitt 3 (Mobilisierungsgrad) und im Anhang (Einkommens- und Vermögensverteilung) präsentierten Daten soll untersucht werden, inwieweit im Vergleich der Schweizer Kantone der postulierte positive Zusammenhang zwischen Mobilisierungsgrad und Verteilungsgleichheit empirisch unterstützt wird.

Es sind noch *kaum empirische Arbeiten* über die Beziehung zwischen dem Mobilisierungsgrad und der Verteilung materieller Güter in den Schweizer Kantonen verfügbar. Die meines Wissens einzige - unveröffentlichte - Arbeit von Rusterholz (1985) vermochte positive Beziehungen zwischen dem gewerkschaftlichen Organisationsgrad (im Anschluss an Bornschiefer [1978] interpretiert als eine Form von Marktmacht) und dem Einkommensanteil mittlerer Einkommensschichten nachzuweisen, jedoch keine signifikanten Beziehungen zum Einkommensanteil der obersten und/oder der untersten Einkommensklassen.

¹¹ Im Gegensatz dazu sind m.E. andere, besser verfügbare Indikatoren vor allem zur Beschreibung der Sozialstruktur, beispielsweise der Beschäftigungsanteil im Tertiärsektor (vgl. u.a. Nef, 1980), eher indirekte Operationalisierungen soziologischer Konzepte.

In *Tabelle 3* wird mittels multipler Regressionen der Zusammenhang zwischen den verschiedenen Indikatoren des Mobilisierungsgrades und der Einkommensverteilung (Einkommensanteile der reichsten 20 % und der reichsten 1 % der Steuerpflichtigen) untersucht. Die Mobilisierung in traditionellen politischen Kanälen (Abstimmungen) wird dabei - wie in Abschnitt 3 ausgeführt - durch die Beteiligung und die Zustimmung zur Reichtumssteuerinitiative operationalisiert, die (gerichtete) unkonventionelle

Tabelle 3 : MOBILISIERUNG UND VERTEILUNG IM KANTONSVERGLEICH: Standardisierte Regressionskoeffizienten (N = 24 Kantone)

Abhängige Variablen	Unabhängige Variablen		KONTROLLGRÖSSEN			Erklärter Varianz	
	MOBILISIERUNGSDIMENSIONEN		Vermögens- Vermögensverteilung				
	Zustimmung	Beteiligung	Reichtumssteuerinitiative	Gewerksch. Ereignisse zu Org.-grad Klassenfragen	Belastung Top 20% Top 1%	2	
					Belastung für 1 MIO	R / R	
Anteil Reichste 20% am verfügbaren Einkommen	-.08	-.21	.29*	.06	-.50**	-.42**	.70 / .53
Anteil Reichste 20% am verfügbaren Einkommen	-.44**	-.04	.41**	-.02	.69**	-	.59 / .48
Anteil Reichste 20% am reinen Einkommen	-.41**	.16	.42**	-.00	.71**	-	.66 / .57
Anteil Reichste 1% am verfügbaren Einkommen	-.05	.01	.14	.23*	-	.47**	.91 / .86
Anteil Reichste 1% am verfügbaren Einkommen	-.39**	-.19	.17	.17	-	.70**	.74 / .67
Anteil Reichste 1% am reinen Einkommen	-.37**	-.00	.20	.11	-	.78**	.82 / .76

Um eine Interpretation der Beziehungen zu erleichtern werden Signifikanzniveaus angegeben, obwohl es sich strenggenommen nicht um eine Stichprobe handelt.
 * p (0.1
 ** p (0.05

politische Mobilisierung durch die Häufigkeit von Aktivierungsereignissen zu Klassenfragen. Die Mobilisierung in Bezug auf die Mitbestimmungsinitiative einerseits, und die Häufigkeit von Aktivierungsereignissen insgesamt (als ungerichtete Mobilisierung in unkonventionellen Kanälen) werden zur Verhinderung von Multikollinearitätsproblemen in den folgenden Analysen nicht mehr berücksichtigt.

Die Regressionsmodelle sind so spezifiziert, dass die Einkommensverteilung als abhängige Grösse von verschiedenen unabhängigen Grössen, unter anderem auch vom Mobilisierungsgrad, beeinflusst wird. Wie bereits mehrfach erwähnt, können aber "Effekte" der unabhängigen auf die abhängige Grössen nicht als Bestätigung der entsprechenden Kausalrichtung interpretiert werden, es werde lediglich Kovariationen getestet.

Die in Tabelle 3 präsentierten Regressionsanalysen sind in dreierlei Hinsicht mit den in Figur 1 postulierten Zusammenhängen vereinbar.

Zunächst hat - im Rahmen der gemäss den theoretischen Vorstellungen in Figur 1 spezifizierten Regressionsgleichungen - die *Vermögensverteilung* einen sehr starken, unabhängigen Einfluss auf die Verteilung sowohl des reinen als auch des verfügbaren Einkommens.

Von den vier, in die Regressionsgleichung eingeführten Mobilisierungstypen ist als einziger die *gerichtete Mobilisierung in konventionellen Kanälen (Zustimmung zur Reichtumssteuerinitiative)* positiv mit der Einkommensgleichheit korreliert.

Dieser Zusammenhang verschwindet dann, wenn die *Steuerbelastung für hohe Einkommen* (Fr. 200'000.-) als zusätzlicher Prädiktor in die Gleichungen eingeführt wird. Dies kann so interpretiert werden, dass der Effekt der gerichteten Mobilisierung in konventionellen Kanälen über die staatliche Umverteilung via Steuersystem (d.h. eben die Steuerbelastung hoher Einkommen) vermittelt wird: Kantone mit einer überdurchschnittlichen gerichteten Mobilisierung in konventionellen Kanälen weisen - bei Konstanthaltung der Vermögensungleichheit - durchschnittlich eine stärkere Steuerbelastung hoher Einkommen und - als Folge davon - eine gleichmässigerere Verteilung des verfügbaren Einkommens auf. Die Regressionsresultate in Tabelle 3 ergeben sodann, dass sich für keine der anderen Mobilisierungsdimensionen (ausser eben der Zustimmung zur Reichtumssteuerinitiative) ein unabhängiger, egalisierender Effekt auf die Einkommensverteilung nachweisen lässt. Im Gegenteil ergeben sich vor allem für die gerichtete, unkonventionelle politische Aktivierung (Aktivierungsereignisse zu Klassenfragen) sogar positive Beziehungen zur Einkommensun-

gleichheit gemessen durch den Einkommensanteil der reichsten 20% der Steuerpflichtigen.

Dieses unerwartete Ergebnis dürfte vor allem zwei Gründe haben : Zum einen beschränken sich die Verteilungswirkungen gerichteter Mobilisierungen in *unkonventionellen* Kanälen in den meisten Fällen wahrscheinlich nicht auf den Kanton, in dem diese Ereignisse stattfinden. Zum anderen haben wir in Abschnitt 3 gesehen, dass Aktivierungsereignisse sehr stark auf *urbane Zentren* konzentriert sind (vgl. dazu auch Levy & Zwicky, 1984). In urbanisierten Kantonen ist aber gleichzeitig die gesellschaftliche Differenzierung und dadurch potentiell auch die Einkommensungleichheit höher. Das bedeutet, dass der ungleichheitserhöhende Effekten der politischen Mobilisierung in unkonventionellen Kanälen als Scheinbeziehung zu interpretieren wäre, als Folge der gemeinsamen Korrelation von Aktivierungsereignissen und Einkommensungleichheit mit der Urbanisierung.

Die in Tabelle 3 dargestellten Analysen haben ergeben, dass im Kantonsvergleich der Mobilisierungsgrad nur insofern positiv mit der Einkommensgleichheit korreliert, als er sich im Rahmen der konventionellen politischen Kanäle als gerichtetes Umverteilungsanliegen äussert. Es hat sich ferner gezeigt, dass - dem in Figur 1 postulierten Modell entsprechend - die Vermögensgleichheit nicht einmal durch solche institutionalisierten Umverteilungsanliegen beeinflusst werden kann.

Die in diesem Abschnitt präsentierten Kantonsanalysen geben lediglich Aufschluss über Kovarianzen, sie stellen insofern keine direkte Unterstützung für die in Figur 1 postulierten *Kausalrichtungen* dar.

Zusatzanalysen deuten darauf hin, dass die beobachteten Kovarianzen relativ stabil sind : Die Verteilung des verfügbaren Einkommens 1980 kann gleichermassen durch die Zustimmung zur Reichtumssteuerinitiative 1977 erklärt werden, wie umgekehrt die Zustimmung zur Reichtumssteuerinitiative 1977 durch die Verteilung des verfügbaren Einkommens 1970 vorhergesagt wird.¹²

Immerhin kann aufgrund des Vorzeichens der positiven Beziehung zwischen der Zustimmung zur Reichtumssteuerinitiative und der Einkommensgleichheit die wahrscheinlich plausibelste Begründung einer umgekehrten Kausalrichtung (Einkommensungleichheit beeinflusst die Zustimmung zur Reichtumssteuerinitiative) wider-

¹² Bei beiden Modellspezifikationen ergeben sich signifikante negative Beziehungen zwischen der Zustimmung zur Reichtumssteuerinitiative und dem Einkommensanteil der reichsten 20 % der Steuerpflichtigen.

legt werden. Es ist - aufgrund des Vorzeichens - eben nicht so, dass eine überdurchschnittliche Einkommensungleichheit zu einer stärkeren gerichteten Mobilisierung - im Sinne einer erhöhten Zustimmung zu Umverteilungsvorlagen - führt.

6. Mobilisierung und Verteilung im Längsvergleich 1950-1980

In diesem Abschnitt soll die postulierte Beziehung zwischen Mobilisierungsgrad und einkommensverteilung im Rahmen einer *Längsschnittanalyse der Gesamtschweiz* getestet werden.

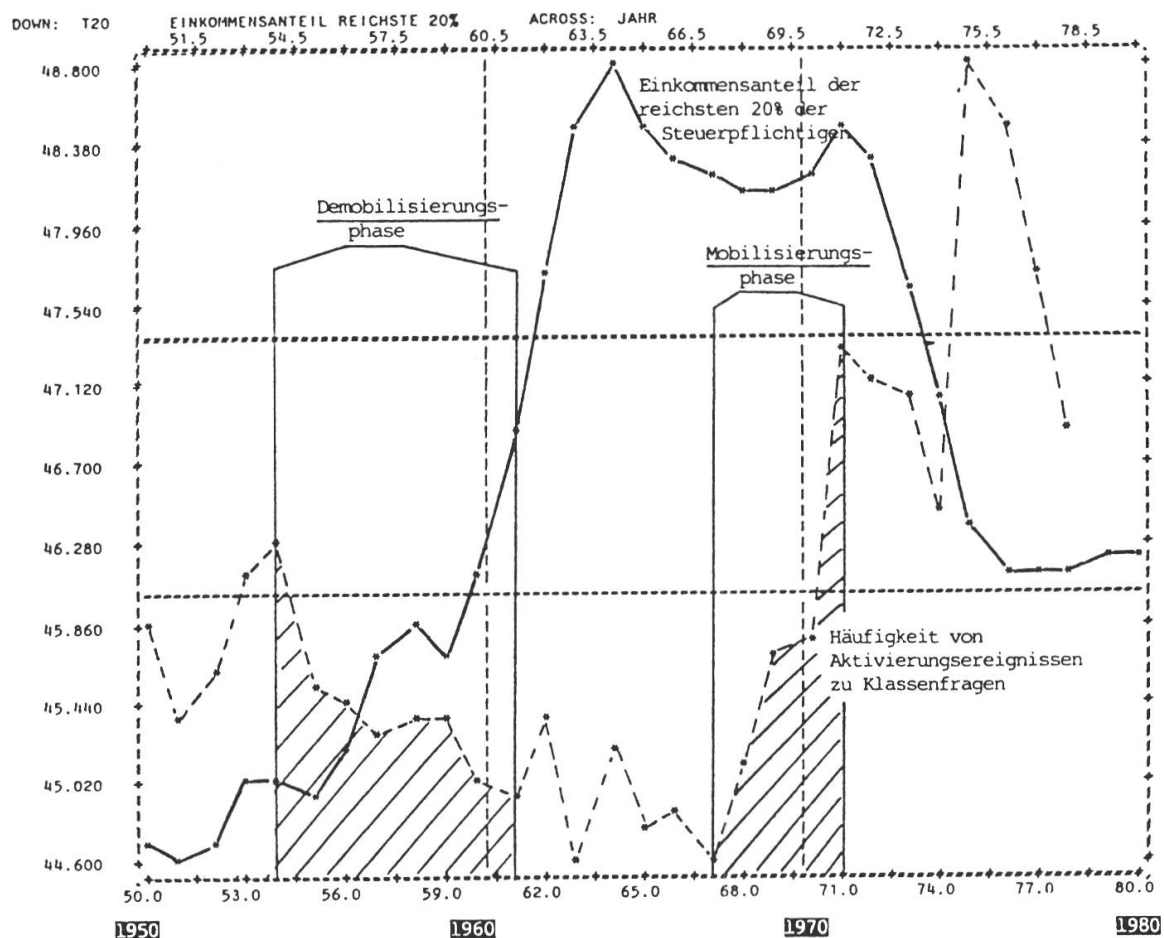
Im Vergleich zur Kantonsanalyse im vorangegangenen Abschnitt müssen wir uns aus Gründen der Datenverfügbarkeit auf *drei Mobilisierungsdimensionen* beschränken, nämlich die gerichtete und die ungerichtete *politische Mobilisierung in unkonventionellen Kanälen* sowie den *gewerkschaftlichen Organisationsgrad* als gerichtete Mobilisierung im ökonomischen Bereich. Wie bereits in Abschnitt 3 ausgeführt wurde, sind die beiden erstgenannten Mobilisierungsdimensionen sehr stark miteinander korreliert, während die gewerkschaftliche Mobilisierung eine davon unabhängige Entwicklung zeigt.

Die *Einkommensungleichheit* wird im Längsvergleich durch den Einkommensanteil der reichsten 20 % der Steuerpflichtigen am reinen Einkommen operationalisiert. Daneben sind Daten zur Entwicklung der *Lohnunterschiede zwischen Berufsgruppen* verfügbar: Konkret wird für die folgenden Analysen der Unterschied zwischen den Durchschnittslöhnen angelernter und hochqualifizierter Gruppen von Angestellten gemessen. Dieser Indikator zeigt zwar im Unterschied zum Einkommensanteil der reichsten 20 % der Steuerpflichtigen in der Beobachtungsperiode 1950-1980 einen deutlich ansteigenden Trend; die Abweichungen von diesem Trend entsprechen aber weitgehend der Entwicklung des Einkommensanteils der reichsten 20 % (für eine detailliertere Diskussion dieser Indikatoren und ihrer Berechnung: vgl. Anhang). In *Figur 2* ist die Entwicklung der gerichteten politischen Mobilisierung in unkonventionellen Kanälen (Häufigkeit von Aktivierungsereignissen mit Klassencharakter) einerseits, des Einkommensanteils der reichsten 20 % der Steuerpflichtigen andererseits dargestellt.

Der Verlauf der beiden Kurven zeigt eine - zeitlich leicht verschobene - *Gegenläufigkeit*: Wenn die gerichtete Mobilisierung in unkonventionellen Kanälen zurückgeht, dann steigt - mit einer leichten Verzögerung - die Einkommensungleichheit deutlich an. Im speziellen zeigt *Figur 2*, dass dem extrem starken Anstieg der Einkommensungleichheit zwischen 1959 und 1964 eine Phase der

Demobilisierung vorangeht. Umgekehrt nimmt die Einkommensungleichheit im Gefolge der Mobilisierungsphase zwischen 1968 und 1971 deutlich ab.

Figur 2: Politische Mobilisierung in unkonventionellen Kanälen und Einkommensverteilung im Zeitvergleich



Damit ergibt sich in Figur 2 nicht nur eine Bestätigung der postulierten Kovarianz, sondern auch eine Unterstützung für die im theoretischen Modell postulierte Kausalrichtung, dass nämlich das Mobilisierungsniveau die Einkommensverteilung beeinflusst und nicht umgekehrt.

Dieses Ergebnis ist - als Test des in Figur 1 postulierten theoretischen Modells - in zweierlei Hinsicht zu hinterfragen. Zum einen verfügen wir im Längsschnittvergleich über keine Daten zur Verteilung des verfügbaren Einkommens (nach Steuerabzug). Aufgrund von Berechnungen bei Ernst (1983, 220) kann aber davon ausgegangen werden, dass die Entwicklung der staatlichen Umver-

teilung via Besteuerung weitgehend parallel zu den Veränderungen in der Verteilung des Reineinkommens läuft. Das heisst für unsere Analyse, dass sich bei einer Messung der Verteilung des verfügbaren Einkommens ein ähnlicher Verlauf ergeben würde wie er in Figur 2 für die Verteilung des Reineinkommens dargestellt ist.

Die zweite Einschränkung betrifft die *Vermögensverteilung*, die - unserem theoretischen Modell gemäss - als Kontrollgrösse in die Betrachtung einbezogen werden müsste. Man verfügt leider über keine jährlichen Angaben zur schweizerischen Vermögensverteilung. Immerhin wurden für drei Zeitpunkte in der Untersuchungsperiode, nämlich 1955/56, 1969 und 1980, Erhebungen über die schweizerische Vermögensverteilung durchgeführt. Eine Analyse deren Ergebnisse ergibt, dass die Vermögensungleichheit in der Schweiz relativ gleichmässig zurückgegangen ist.¹³ Dies deutet darauf hin, dass auch eine Kontrolle der Vermögensverteilung nicht zu Ergebnissen führen würde, die sich wesentlich von den in Figur 2 dargestellten unterscheiden.

In *Tabelle 4* wird die Betrachtung des Zusammenhangs zwischen Mobilisierungsgrad und Einkommensungleichheit im Längsschnittvergleich dadurch vervollständigt, dass zusätzliche Mobilisierungs- und Verteilungsdimensionen berücksichtigt werden. Gleichzeitig werden unterschiedliche Zeittrends der untersuchten Grössen kontrolliert.

Die in *Tabelle 4* dargestellten Beziehungen zeigen, dass - bei Kontrolle des linearen Trends - die postulierte negative Beziehung zwischen Mobilisierungsgrad und Verteilungsungleichheit auch für die *ungerichtete Mobilisierung in unkonventionellen Kanälen* (Aktivierungsereignisse insgesamt) und für die *Lohndifferenz zwischen angelernten und qualifizierten Angestellten* unterstützt wird.

Hingegen zeigt der *gewerkschaftliche Organisationsgrad* keine entsprechende Beziehung zu den Verteilungsindikatoren.¹⁴

¹³ Die Berechnungen zur schweizerischen Vermögensverteilung können sich auf Ernst (1983) und eine Vermögensstatistik der Eidgenössischen Steuerverwaltung (Eidgenössische Steuerverwaltung, 1983) stützen. Ein eigener Versuch, die Statistiken für 1955/56, 1969 und 1980 vergleichbar zu machen, kommt zu folgenden Werten für den Vermögensanteil der reichsten 20 % der Steuerpflichtigen :

- 1955/56 : 95.9 % (70.3 % der Steuerpflichtigen ohne Vermögen)
- 1969 : 89.6 % (41.7 % der Steuerpflichtigen ohne Vermögen)
- 1980 : 84.6 % (35.5 % der Steuerpflichtigen ohne Vermögen).

¹⁴ Eine detaillierte Analyse des Zusammenhangs zwischen gewerkschaftlichem Organisationsgrad und der Einkommensverteilung zeigt, dass zwar tendenziell eine negative Beziehung zur Einkommensungleichheit besteht. Dabei scheint aber eher der

Tabelle 4 : Mobilisierung und Einkommensungleichheit im Zeitvergleich
 Pearson Korrelationskoeffizienten (N = 27)
 In Klammern Koeffizienten für trendkorrigierte Werte sowohl
 für die Mobilisierungsindikatoren als auch für die
 Indikatoren sozialer Ungleichheit.

	Mobilisierungsindikatoren (gemessen mit einer Verzögerung von 4 Jahren)		
	Aktivierungs- ereignisse insgesamt	Aktivierungs- ereignisse mit Klassencharakter	Gewerkschaftlicher Organisationsgrad (Gew.Mitglieder / Erwerbstätige)

INDIKATOREN SOZIALER UN- GLEICHHEIT:			
Einkommensanteil Reichste 20% der Steuerpflichtigen	-.11 (-.60**)	-.53**(-.73**)	-.31* (-.19)
Lohndifferenz zwischen nicht - qualifizierten und qualifizierten Angestellten	-.86**(-.59**)	-.77**(-.86**)	.57**(.09)

	* p (0.1		
	** p (0.05		

Ebenso kann davon ausgegangen werden, dass die ungerichtete Mobilisierung in konventionellen politischen Kanälen (durchschnittliche Abstimmungsbeteiligung) - welche ja gemäss Ausführungen in Abschnitt 3 weitgehend parallel zur Entwicklung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades verläuft - nicht in der postulierten negativen Beziehung zur Einkommensungleichheit steht.

7. Folgerungen

Die vorgelegten empirischen Analysen zum Zusammenhang zwischen Mobilisierungsgrad und Einkommensverteilung in der Schweiz haben sowohl im Kantons- als auch im Zeitvergleich eine

gewerkschaftliche Organisationsgrad als Folge zunehmender Ungleichheit zurückzu-
 gehen als umgekehrt.

partielle Unterstützung¹⁵ für das postulierte theoretische Modell ergeben. Die gefundenen Beziehungen sind in zukünftigen Forschungen aber vor allem in Bezug auf die kausalen Wirkungsketten noch weiter zu untersuchen. In diesem Sinne wirft diese Arbeit eher Fragen auf als dass sie endgültige Antworten liefert.

Im *Kantonsvergleich* hat sich vor allem gezeigt, dass das Ausmass der gerichteten Mobilisierung in konventionellen Kanälen (Zustimmung der Stimmbürger zu Abstimmungsvorlagen, die eine materielle Egalisierung anstreben) in einem signifikanten Zusammenhang mit der Einkommensgleichheit steht. Diese ist - unabhängig davon - sehr stark auch von der Vermögensverteilung beeinflusst.

Der Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Umverteilungsanliegen im Rahmen von Volksabstimmungen und der Verteilung des verfügbaren Einkommens scheint wesentlich auf das *Steuersystem* zurückzuführen zu sein. In Kantonen mit einem stärkeren Egalisierungsdruck seitens der Stimmbürger ist die steuerliche Belastung hoher Einkommen überdurchschnittlich und die Verteilung des verfügbaren Einkommens gleichmässiger.

Die Ergebnisse der Kantonsanalyse weisen vor allem darauf hin, dass eine Umsetzung von Mobilisierungen in Veränderungen der Verteilungsstruktur auf direkte Kanäle angewiesen ist - wie sie Sachabstimmungen im schweizerischen politischen System darstellen. Um die Kausalketten im Kantonsvergleich besser abstützen zu können, wäre es in einem nächsten Forschungsschritt notwendig, auch Veränderungen in den untersuchten Grössen zu analysieren. Dies würde bedeuten, dass - analog zu internationalen Ländervergleich - auch hier sogenannte Panel - Regressionen durchgeführt werden sollten (vgl. u.a. Kessler & Greenberg, 1981). Im *Längsschnittvergleich* zeigt das Mobilisierungsniveau in unkonventionellen politischen Kanälen - im Gegensatz zum Kantonsvergleich - einen deutlichen, egalisierenden Einfluss auf die Einkommensverteilung. Leider sind im Längsschnittvergleich keine Daten verfügbar, die (analog zur Zustimmung zur Reichtumssteuerinitiative im Kantonsvergleich) die gerichtete Mobilisierung in konventionellen Kanälen messen. Es sei mir an dieser Stelle aber die Vermutung erlaubt, dass ein solches Mass zwischen 1950 und 1980 in der Schweiz einen weitgehend ähnlichen Trend zeigen würde wie die Mobilisierung in unkonventionellen Kanälen.

¹⁵ Als "partielle Bestätigung" bezeichne ich die Tatsache, dass das theoretische Modell nicht für alle Mobilisierungstypen unterstützt wurde, beispielsweise nicht für die ungerichtete Mobilisierung in konventionellen politischen Kanälen.

Auf jeden Fall stellt eine Erhebung von Daten über Veränderungen im Egalisierungsdruck seitens der Stimmbürger die Voraussetzung für eine stärker abgestützte theoretische Integration der Ergebnisse von Kantonsvergleich und Längsschnittanalyse dar. Es handelt sich dabei also um eine forschungsstrategisch wichtige Aufgabe für zukünftige Forschungen.

Negative Ergebnisse, d.h. eine *Widerlegung des theoretischen Modells*, ergeben sich erstaunlicherweise sowohl im Kantons- als auch im Längsschnittvergleich für die *gerichtete Mobilisierung im ökonomischen Bereich*, d.h. den *gewerkschaftlichen Organisationsgrad*. Im Kantonsvergleich zeigt der gewerkschaftliche Organisationsgrad keine unabhängige Beziehung zur Einkommensgleichheit, im Längsschnittvergleich deutet der Kurvenverlauf eher darauf hin, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad eine Reaktion auf Veränderungen in der Einkommensverteilung darstellt - und nicht eine der Bestimmungsgrößen.

Gleichermassen widerlegt wird die These, dass die *ungerichtete Mobilisierung in konventionellen politischen Kanälen* (Abstimmungsbeteiligung) zu einer Egalisierung der Einkommensverteilung beiträgt.

Vor allem die Ergebnisse im Rahmen der Längsschnittanalyse lassen für die Zukunft eine Erhöhung der Einkommensungleichheit in der Masse erwarten, in dem sich das Niveau gerichteter Mobilisierungen auf dem Hintergrund einer zunehmenden Individualisierung verringert. Die "politische Rechtswende" (Gruner, 1986) und der "Rückzug ins Private" (Hirschman, 1984) dürften so auch in der Schweiz bald eine Erhöhung der sozialen Ungleichheit bewirken.

ANHANG

Die Daten zur Einkommens- und Vermögensverteilung

A. Die Verteilung von Einkommen und Vermögen in den Schweizer Kantonen 1980

Für den Zeitraum zwischen 1977 und 1981 ist es erstmals möglich, die Verteilung von Einkommen und Vermögen in den Schweizer Kantonen umfassend zu charakterisieren. Diese Möglichkeit basiert (a) auf einer Methode zur Ergänzung der Wehr-

steuerstatistiken unterhalb der Freigrenze (für eine ausführliche Diskussion vgl. Zwicky, 1984), welche die Berechnung von vergleichbaren Daten zur Einkommensverteilung erlaubt, (b) auf der Berechnung von Nachsteuerverteilungen (Verteilung des verfügbaren Einkommens nach Abzug von Steuerzahlungen) und, (c) auf der Verfügbarkeit von Daten zur Vermögensverteilung in den Kantonen (vgl. Eidg. Steuerverwaltung, 1983).

Es kann an dieser Stelle nicht darum gehen, die umfangreichen Berechnungen im Detail zu beschreiben, die den Daten zur Einkommens- und Vermögensverteilung zugrunde liegen, zumal dies an anderer Stelle bereits getan wurde (vgl. Zwicky, 1984).

Immerhin sei darauf hingewiesen, dass alle Verteilungsindikatoren aufgrund eines kurvilinearen Interpolationsprogrammes (Hermite'sche Interpolation) berechnet wurde, das eine optimale Annäherung von gruppiert-geschichteten Daten¹⁶ an den tatsächlichen Verlauf der Verteilungskurve gewährleistet.

Die Daten zur Einkommensverteilung beziehen sich auf *Steuer-einheiten* und werden aus den Wehrsteuerstatistiken (Eidg. Steuerverwaltung 1983b und 1985) berechnet, wobei für jeden Kanton eine Schätzung der Zahl der Steuerpflichtigen unterhalb der Freigrenze vorzunehmen ist. Diese Schätzung konnte für 1980 noch mit der Zahl aller Steuerpflichtigen gemäss Vermögenssteuerstatistik verglichen werden. In einem Fall, nämlich beim Kanton Wallis, führte dieser Vergleich zu einer bedeutsamen Korrektur der Schätzung.¹⁷

Die Daten zur Einkommensverteilung sind, da der unterste Teil der Verteilung geschätzt werden musste,¹⁸ vor allem für den oberen Verteilungsbereich aussagekräftig. In den folgenden Analysen wird daher ausschliesslich auf die *Einkommensanteile der reichsten 20% und der reichsten 1% der Steuerpflichtigen* abgestellt. Dabei ist aus vielen Studien bekannt, dass der Einkommensanteil der reichsten 20% sehr stark mit Gesamtmassen der Einkommensungleichheit wie dem GINI-Index korreliert ist.

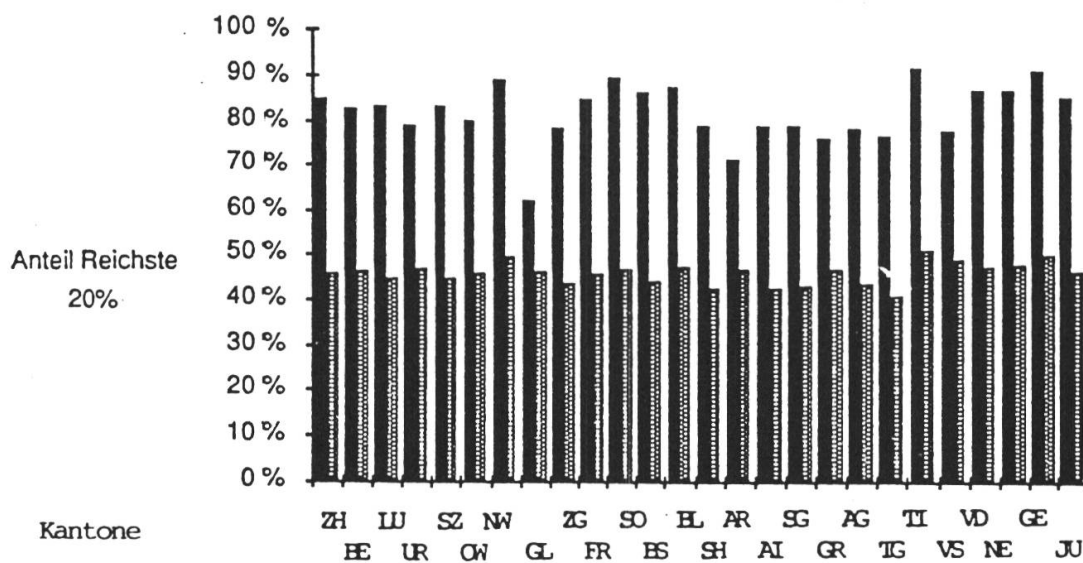
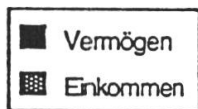
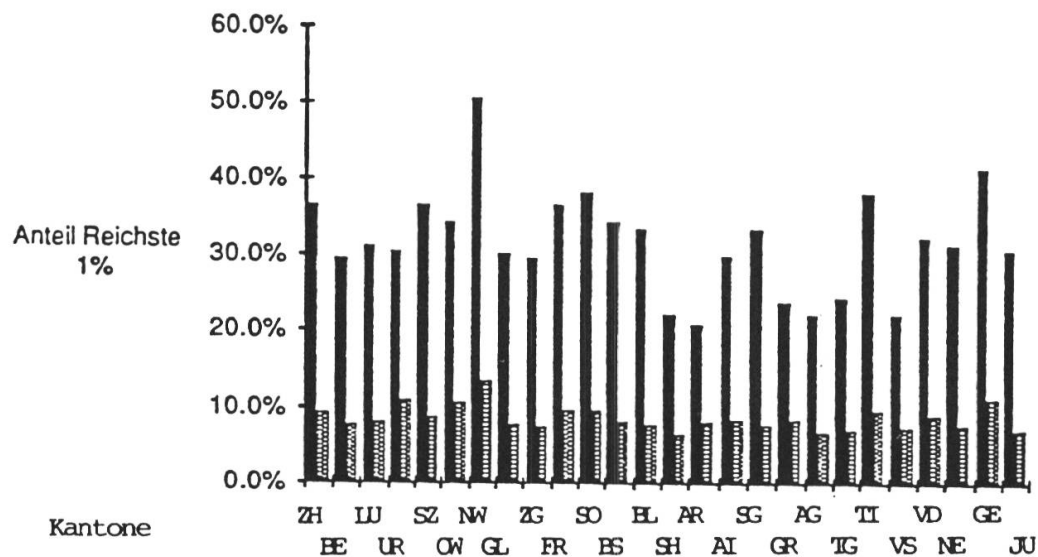
¹⁶ Gruppiert-geschichtete Daten sind eben beispielsweise in den Wehrsteuerstatistiken gegeben, indem dort angegeben wird, wieviele Steuerpflichtige in die Einkommensklasse zwischen Fr. 120'000.- und Fr. 150'000.- Jahreseinkommen fallen und, welches die Einkommenssumme für diese Steuerpflichtigen ist.

¹⁷ Unterschiedliche Schätzungsergebnisse für den Kanton Wallis sind darauf zurückzuführen, dass Steuerpflichtige ohne Wohnsitz im Kanton (Grundstücksbesitz), welche hier einen überdurchschnittlichen Anteil der Steuerpflichtigen ausmachen, in den Steuerstatistiken eingeschlossen sind.

¹⁸ Hinzu kommt dass der unterste Verteilungsbereich zu einem grossen Teil durch Steuerpflichtige gebildet wird, die nur vorübergehend ein minimales Einkommen aufweisen, weil sie beispielsweise in der Ausbildung sind.

In *Figur 3* sind je die Einkommens- und Vermögensanteile der reichsten 1 % und der reichsten 20 % der Steuerpflichtigen in den Kantonen dargestellt. Dabei handelt es sich bei den Einkommens-

Figur 3: Einkommens- und Vermögensanteile der reichsten 1% und der reichsten 20% der Steuerpflichtigen in den Schweizer Kantonen 1980



verteilungsdaten um das sogenannte Reineinkommen, also eine Form des Vor-Steuer-Einkommens.

Figur 3 weist nach, dass auch in der Schweiz das Vermögen noch sehr viel ungleicher verteilt ist als das Einkommen: Den reichsten 1 % kommt durchschnittlich rund 35 % des Gesamtvermögens zu, während es beim Einkommen in den meisten Kantonen weniger als 10 % sind.

Für alle Indikatoren zeigt sich, dass die Kantone Nidwalden, Tessin und Genf eine überdurchschnittliche Ungleichheit aufweisen, in Glarus, Appenzell-Ausserrhodon oder Thurgau die Ungleichheit dagegen unterdurchschnittlich ist.

Tabelle 5 : Interrelationen der Verteilungsdimensionen
(Pearson Korrelationskoeffizienten,
N=24, ohne Bern und Jura)

	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
(1) Top 1% 1979/80: Reineinkommen	-								
(2) Top 1%:1977/78: Verfügbares Einkommen	.95**	-							
(3) Top 1% 1980: Vermögen	.80**	.71**	-						
(4) Top 20% 1979/80: Reineinkommen	.59**	.46**	.46**	-					
(5) Top 20% 1977/78: Verfügbares Einkommen	.82**	.78**	.56**	.68**	-				
(6) Top 20% 1980: Vermögen	.47**	.37**	.80**	.57**	.57**	-			
(7) Steuerbelastung Jahreseinkommen von Fr. 30'000.-	-.34*	-.29*	-.28*	-.13	-.18	-.10	-		
(8) Steuerbelastung Jahreseinkommen von Fr. 200'000.-	-.56**	-.71**	-.26	-.10	-.38**	.15	.35*	-	
(9) Steuerbelastung Vermögen von 1 Mio Franken	-.28*	-.14	-.38*	-.11	-.07	-.11	.25	.04	-
(10) Einkommen p.K.	.24	.18	.36**	.05	.16	.40**	-.49**	.13	.05
(11) Urbanisierung	.23	.16	.32*	.18	.35**	.45**	.02	.41**	.17
(12) Bildungsniveau	.33*	.20	.42**	.41**	.46**	.63**	.07	.33*	.01
(13) Tertiarisierung	.47**	.31*	.42**	.64**	.52**	.53**	-.18	.22	-.12
(14) Sekundarisierung	-.48**	-.37**	-.26	-.56**	-.57**	-.17	.02	.04	.23
(15) Wirtschaftswachstum	.33*	.37**	.00	.11	.08	-.34*	-.25	-.51**	-.07
(16) Sprachkultur: % Deutschsprachige	-.03	.12	-.06	-.61**	-.21	-.42**	-.31**	-.44**	-.09
(17) Erwerbstätigkeit Ehefrau	-.73**	-.75**	-.47**	-.43**	-.64**	-.47**	.20	.42**	.06

Um die Interpretation der Beziehungen zu erleichtern werden Signifikanzniveaus angegeben, obwohl es sich strenggenommen nicht um eine Stichprobe handelt.

* p (0.1
** p (0.05

Vor allem aber zeigt Figur 1 eine *deutliche Kovariation von Einkommens- und Vermögensungleichheit in den Schweizer Kantone*. Diese Kovariation von (Rein-) Einkommens- und Vermögensungleichheit wird durch die Korrelationskoeffizienten in *Tabelle 5* bestätigt. Für den Anteil der reichsten 1 % beträgt das r .80, für den Anteil der reichsten 20 % noch .56.

Ebenfalls sehr starke Korrelationen ergeben sich zwischen der Verteilung des reinen (Vor-Steuer-) und des verfügbaren (Nach-Steuer-) Einkommens. Kantonale Unterschiede im Ausmass und der Progressivität der *Besteuerung* haben also offensichtlich keinen entscheidenden Einfluss auf das Ausmass an Einkommensungleichheit.

Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Besteuerung hoher Einkommen oder Vermögen nicht in den Kantonen am stärksten ist, die die grösste Ungleichheit aufweisen. Vielmehr ist die Belastung hoher Einkommen und Vermögen tendenziell negativ mit der (Vor-Steuer-) Ungleichheit korreliert. Eine möglich Interpretation dieses negativen Zusammenhangs ist, dass eine hohe Steuerbelastung zur Abwanderung von hohem Einkommen und Vermögen in andere Kantone führt (vgl. auch die entsprechenden Überlegungen in Abschnitt 2).

Aus *Tabelle 5* sind sodann auch einige strukturelle und kulturelle Korrelate der Güterverteilung in den Schweizer Kantonen ersichtlich, auf die an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden kann.

B. Die Entwicklung der Lohn- und Einkommensverteilung in der Schweiz, 1950-1980

Die Berechnung der Daten zur personellen Einkommensverteilung im Längsschnitt basiert im Prinzip auf der gleichen Methode wie im Kantonsvergleich. Auch hier werden die Steuerpflichtigen unterhalb der Freigrenze der Wehrsteuer geschätzt und die in den Statistiken erfassten Verteilungen entsprechend ergänzt.

Der resultierende Trend in der Einkommensverteilung stimmt weitgehend mit den Resultaten bei Noth (1975), Abele & Lüthi (1977), Ernst (1983) und Kraus (1985) überein.

Die Entwicklung der Lohnunterschiede zwischen angelernten und qualifizierten Angestellten basiert auf Veröffentlichungen zu den Durchschnittslöhnen von Berufsgruppen wie sie beispielsweise im Statistischen Jahrbuch der Schweiz publiziert werden. Dabei werden innerhalb der Kategorie der männlichen Angestellten drei

hierarchische Stufen unterschieden : Der vorgeschlagene Indikator berechnet die Differenz zwischen dem Durchschnittslohn der obersten und jenem der untersten Stufen in % des Durchschnittslohns der untersten Stufe.

Dieser Indikator erweist sich als typisch für die Entwicklung der Lohnunterschiede, indem er sehr hoch mit der Entwicklung der Lohnunterschiede innerhalb der männlichen Arbeiterschaft und innerhalb der weiblichen Angestellten korreliert ist.

Im Unterschied zum "Einkommensanteil der reichsten 20 % der Steuerpflichtigen" zeigt die "Lohndifferenz zwischen angelernten und hochqualifizierten Angestellten" (ebenso wie alle anderen Indikatoren für Lohnunterschiede) zwischen 1950 und 1980 einen langfristigen Rückgang. Dies kann einerseits durch den Rückgang der Vermögensungleichheit (vgl. Anmerkung 12), andererseits durch demographische Veränderungen erklärt werden, welche die Lohnstruktur weniger beeinflussen als die Verteilung der Einkommen über Steuerpflichtige.

BIBLIOGRAPHIE

- ABELE Hans & LUETHI Ambros (1977), "La répartition personnelle des revenus en Suisse entre 1941 et 1972", in GAUDARD Gaston, Ed., *La politique économique en Suisse*, Editions Universitaires, Fribourg.
- BECK Ulrich (1983), "Jenseits von Klasse und Stand ?", in KRECKEL R., Ed., *Soziale Ungleichheiten, Sonderband Soziale Welt*, Verlag Otto Schwarz, Göttingen.
- BORNSCHIER Volker (1978), "Einkommensungleichheit innerhalb von Ländern in komparativer Sicht", *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 4/1, 3-45.
- ERNST Urs (1983), *Die Wohlstandsverteilung in der Schweiz*, Rüegger, Diessenhofen.
- ETZIONI Amitai (1968), *The Active Society. A Theory of Societal and Political Processes*, The Free Press, London-New York.
- FIREBOUGH Glenn (1980), "Cross-National versus Historical Regression Models : Conditions of Equivalence in Comparative Analysis", *Comparative Social Research*, 3, 333-44.
- FISCHER Georg (1981), *Die Entwicklung der kantonalen Volkswirtschaften seit 1965*, Haupt, Bern.
- GAMSON William (1975), *The Strategy of Social Protest*, Dorsey, Homewood, Ill.
- GRUNER Erich (1986), "Die politische Rechtswende", *Tages-Anzeiger Magazin*, 42, 38-47.
- HALLER Max (1983), *Theorie der Klassenbildung und sozialen Schichtung*, Campus, Frankfurt a.M..

- HANNAN Michael T. (1970), "Problems of Aggregation and Disaggregation in Sociological Research", Working Papers in Methodology, No. 4, Institute for Research in Social Science, University of North-Carolina, Chapel Hill.
- HETTLAGE Robert (1979), "Primärmobilisierung. Zur Rekonstruktion eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprogramms", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 5/2, 221-45.
- HIRSCHMAN Albert O. (1984), Engagement und Enttäuschung. Ueber das Schwanken der Bürger zwischen Privatwohl und Gemeinwohl, Suhrkamp, Frankfurt.
- KESSLER Ronald C. & GREENBERG David F. (1981), Linear Panel Analysis. Models of Quantitative Change, Academic Press, New York.
- KRAUS Franz (1985), "The Historical Development of Income Inequality in Western Europe and the United States, in FLORA Peter & HEIDENHEIMER A.J., Eds, The Development of Welfare States in Europe and America, Transaction Books, New Brunswick.
- KRIESI Hanspeter, LEVY René, GANGUILLET Gilbert & ZWICKY Heinrich (1980), Politische Aktivierung in der Schweiz, 1945-78, Rüegger, Diessenhofen.
- LENSKI Gerhard (1977), Macht und Privileg, Eine Theorie der sozialen Schichtung, Suhrkamp, Frankfurt a.M..
- LEVY René & ZWICKY Heinrich (1984), "Politische Partizipation und neuere Aktionsformen", in KLOETI Ulrich, Ed., Handbuch Politisches System der Schweiz, Bd, 2, Haupt, Bern.
- NEF Rolf (1980), "Struktur, Kultur und Abstimmungsverhalten", Schweizerische Zeitschrift für Soziologie 6/2, 155-190.
- NESS Gary D. (1975), "Managing not-so-small Numbers : Between Comparative and Statistical Methods", International Journal of Comparative Sociology, XXVI, 1-2, 1-13.
- NOTH Albert (1975), Die personelle Einkommensverteilung in der Schweiz 1949-1968, Dissertation Universität Freiburg.
- RUSTERHOLZ Peter (1985), "Gewerkschaftsorganisation und Einkommensverteilung. Eine Forschungsnotiz zu Ergebnissen im Kantonsvergleich", Papier Nr. 14 im Rahmen des Schlussberichtes des Nationalfonds-Projektes "Einkommensverteilung in komparativer Sicht", Soziologisches Institut der Universität Zürich.
- ROIG Charles, SCHMID Hans, AYBERK Ural & REY Jean-Noel (1986), Syndicalisme au futur, L.E.P., Lausanne.
- SIEGENTHALER Jürg (1968), Die Politik der Gewerkschaften, Francke, Bern.
- TILLY Charles (1968), From Mobilization to Revolution, Addison-Wesley, Reading, Mass..
- ZWICKY Heinrich (1984), "Eine Methode zur Schätzung der personellen Einkommensverteilung in den Schweizer Kantonen", Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 2, 191-221.

STATISTISCHE QUELLEN

- Bundesamt für Statistik (1977, 1979), Statistisches Jahrbuch der Schweiz, Bern.

Eidgenössische Steuerverwaltung (1983), Gesamtschweizerische Vermögensstatistik der natürlichen Personen, 1981, Bern.

Eidgenössische Steuerverwaltung (1983b), Eidgenössische Wehrsteuer, 20. Periode. Natürliche Personen, Kantone, Bern.

Eidgenössische Steuerverwaltung (1985), Eidgenössische Wehrsteuer, 21. Periode. Natürliche Personen, Kantone, Bern.